

**Achte Wahlperiode  
Ausschuss für Inneres und Sport**

**Antrag auf Selbstbefassung  
gemäß § 14 Abs. 3 Geschäftsordnung**

Mitglieder des Ausschusses für Inneres und Sport der Fraktion DIE LINKE

**Cyberattacke auf das Netzwerk der Verwaltung des Landkreises Anhalt-Bitterfeld und Cybersicherheit in Sachsen-Anhalt**

Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld hat wegen einer schweren Cyberattacke auf das Netzwerk seiner Verwaltung den ersten Cyber-Katastrophenfall in Deutschland ausgerufen. Aus bislang unbekannter Quelle wurden möglicherweise mehrere Server infiziert. In der Folge sei eine noch nicht genau spezifizierte Zahl von Dateien verschlüsselt worden. Alle kritischen Systeme wurden vom Netz getrennt, um einen eventuellen Datenabfluss zu verhindern. Die Verwaltung des Landkreises musste nach eigenen Angaben fast zwei Wochen lang ihre Arbeit weitgehend einstellen, weil Kriminelle das Computersystem am 6. Juli 2021 attackiert hatten. Infolge dessen konnten u. a. etwa keine Sozial- und Unterhaltsleistungen mehr ausgezahlt beziehungsweise Fahrzeugummeldungen oder Baugenehmigungen nicht realisiert werden. Ferner tauchten im sogenannten „Darknet“ Verwaltungsdaten - wie Sitzungsprotokolle von Ausschusssitzungen- und Kreistagssitzungen - auf.

Im Rahmen der Selbstbefassung nach § 14 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt beantragen deshalb die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE zur ersten Beratung des Ausschusses für Inneres und Sport der 8. Wahlperiode einen Tagesordnungspunkt zu folgender Thematik aufzunehmen:

„Cyberattacke auf das Netzwerk der Verwaltung des Landkreises Anhalt-Bitterfeld und Cybersicherheit in Sachsen-Anhalt“.

Die Landesregierung wird hiermit gebeten, voll umfänglich über den im Eingangstext beschriebenen Sachverhalt und Folgen sowie dessen mögliche Hintergründe Bericht zu erstatten.

Im Rahmen der Berichterstattung sollen auch die aus diesem Vorgang abzuleitenden Konsequenzen und Schlussfolgerungen sowie unverzüglich zu realisierende Maßnahmen dargelegt werden.

Die Landesregierung soll insbesondere zu folgenden Fragen Stellung nehmen:

- Wie konnte es überhaupt zu dieser Cyber-Attacke kommen? Worin liegen etwaige Ursachen?
- Wo liegen die Ausgangspunkte für das scheinbar fehlerhafte IT-System der Kommunalverwaltung? Wie war die kommunale IT-Infrastruktur im Landkreis geschützt?
- War das Personal entsprechend geschult und sensibilisiert?
- Wie wird künftig die Landesregierung die kommunalen Verwaltungen unterstützen, um geeignetes Fachpersonal und geeignete Mitarbeiter\*innen zu finden?
- Müssen die Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt künftig einen besseren Schutz ihrer IT-Systeme erhalten?
- Wie ist die Landesverwaltung vor derartigen Cyber-Angriffen bestmöglich geschützt?
- Welche konkreten Folgen haben der illegale Daten-Zugriff, die Datenveröffentlichung und die jüngst bekannt gewordenen Lösegeldforderungen für die Bürger\*innen des Landkreises im Detail?
- Mittels welcher Maßnahmen und zu welchem Zeitpunkt konnte den betroffenen Bürger\*innen bisher geholfen werden?
- Wurden die Lösegeldforderungen der Cyber-Kriminellen erfüllt?
- Welche konkrete Unterstützung hat die Landesregierung gegenüber dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld geleistet?
- Gab es Unterstützungsangebote des Bundes, wie gestalteten/gestalten sich diese und inwieweit hat die Landesregierung darum ersucht?
- Inwieweit ist die Landesregierung mit externen IT-Expert\*innen vernetzt und welche Bemühungen zur Gewinnung auch externer Expertise hat die Landesregierung und/oder die Landkreise unternommen?
- Welche Unterstützung und Hilfeleistungen gab es aus anliegenden Landkreisen?
- Wann ist die Verwaltung des Landkreises Anhalt-Bitterfeld wieder voll umfänglich arbeitsfähig und es können sämtliche Leistungen wieder angeboten werden? Welche Übergangslösungen müssen bis zu diesem Zeitpunkt durch wen ergriffen werden?
- Welche Kosten in welcher Höhe sind dem Landkreis aufgrund des Cyber-Angriffs entstanden? Wie werden diese Kosten beglichen? Gibt es Unterstützung seitens des Landes?
- Wie wird das Land Sachsen-Anhalt künftig die kommunalen Verwaltungen finanziell unterstützen, um in den kommenden Jahren die steigenden Kosten für die Sicherheit und den Schutz der IT-Systeme finanzieren zu können?
- Welche Hilfe wurde dem Landkreis seitens des Bundes aufgrund des Ausrufens des Katastrophenfalles zuteil?
- Ist der Landesregierung bekannt, welche Daten bisher öffentlich gemacht worden und mit welchen etwaigen Folgen?
- Wie soll künftig der Schutz von Daten vor Veröffentlichung gewährleistet werden?